Deutscher Bundestag
14. Wahlperiode

Drucksache 14/89

01. 12. 98

Antrag

der Abgeordneten Vera Lengsfeld, Norbert Otto (Erfurt), Hartmut Büttner (Schönebeck) und der Fraktion der CDU/CSU

Überlassung der Akten der Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR durch die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag bittet die amerikanische Regierung, die im Zuge der Operation „Rosewood“ im Jahre 1989/90 von der CIA sichergestellten Dossiers und Materialien sowie mikroverfilmten Akten der HVA (Hauptverwaltung Aufklärung) des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR der Gauck-Behörde zur Verfügung zu stellen.

Bonn, den 1. Dezember 1998

Vera Lengsfeld
Norbert Otto (Erfurt)
Hartmut Büttner (Schönebeck)
Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Begründung

Mit dieser Bitte unterstützt der Deutsche Bundestag die Initiative namhafter Bürgerrechtler der ehemaligen DDR, die sich in dieser Angelegenheit in einem offenen Brief an Präsident Bill Clinton gewandt hatten. Durch Überläufer der HVA und die Wirren des Umbruchs 1989/90 gelang es dem amerikanischen Geheimdienst CIA, im Zuge der Operation „Rosewood“ neben zahlreichen anderen Dossiers und Materialien auch mikroverfilmte Akten der HVA in Besitz zu nehmen.

Der Runde Tisch hat Anfang 1990 zugelassen, daß die damalige Modrow-Regierung der DDR der HVA gestattete, ihre Aktenbestände selbst zu vernichten. Dadurch blieben die meisten Aktivitäten der HVA im dunkeln. Bis zum heutigen Tag konnte das Netz der HVA mit ihren Tausenden Agenten nicht vollständig aufgedeckt werden. Viele dieser Agenten haben vor allem vor, aber auch nach der Wende entscheidende gesellschaftliche und politi-

sche Positionen eingenommen, was für den Aufbau von Demokratie, Rechtsstaat und sozialer Marktwirtschaft höchst problematisch ist.

Das Zurückhalten Tausender brisanter Akten fördert das Weiteragieren dieser „Doppelidentitäten“ und die damit verbundenen möglichen Gefährdungen für die Demokratie.

Ein Eckstein für den Aufbau der Demokratie in den neuen Ländern bildet das Stasi-Unterlagen-Gesetz. Durch dieses wichtige Gesetz wurden erstmals in der Geschichte die geheimen Aktenbestände einer Diktatur offengelegt. Diese Offenlegung hat wesentlich dazu beigetragen, die diktatorischen Strukturen des SED-Regimes zu zerschlagen.

Deshalb ist im Stasi-Unterlagen-Gesetz in den §§ 8 und 9 die Herausgabepflicht von Stasi-Unterlagen für alle öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen festgelegt. Natürlich kann keine ausländische Stelle auf dieses Gesetz verpflichtet werden.

Die Vereinigten Staaten haben nach der Zerschlagung der Nazidiktatur eine beispielhafte Hilfeleistung für die Entwicklung der Demokratie in der alten Bundesrepublik Deutschland erbracht. Darauf gründet sich die Hoffnung, daß die amerikanische Regierung mit der Herausgabe der Akten auch den Aufbau und die Sicherung der Demokratie im vereinten Deutschland weiter unterstützt.